

Friedrich-Ebert-Stiftung: Tagung zum Thema Zivilgesellschaft und Islam in Berlin

## Nur die Ängste westlicher Intellektueller?

Kann das Konzept der Zivilgesellschaft ein politischer Gegenentwurf zum fundamentalistischen Islam sein? Mit dieser Fragestellung befaßten sich die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Haus der Kulturen der Welt auf einer Tagung vom 6. bis 8. November in Berlin. Wie der Leiter des Berliner Büros der Stiftung, *Axel Schmidt-Gödelitz*, betonte, ging die Anregung von Bundespräsident Herzog aus, der die Stiftungen aufgefordert hatte, sich mit dem erwarteten „Zusammenprall der Zivilisationen“, wie er von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington für das 21. Jahrhundert vorausgesagt wurde, zu befassen und Gegenstrategien zu entwickeln bzw. in einen intensiven Dialog mit der islamischen Welt zu treten.

Differenziert gingen die ausländischen Referenten, die aus Frankreich, der Türkei, Marokko, Ägypten, Jordanien, dem

Senegal, Malaysia, Pakistan und den autonom-besetzten Gebieten Palästinas nach Berlin gekommen waren, auf das zivilgesellschaftliche Potential in ihren Ländern ein. Übereinstimmung herrschte – trotz mannigfaltiger Unterschiede in Einzelfragen – in der Bewertung der eigenen Gesellschaft aber darin, daß das Gespenst des „Kampfes der Zivilisationen“ nur in den Köpfen einiger westlicher Intellektueller vorherrsche, denen es primär darum ging, das alte Feindbild des Kommunismus durch ein islamisches zu ersetzen. „Der Westen hat ein islamisches Problem im Kopf, er sieht sich aber nie selbst“, so die renommierte Soziologin und Schriftstellerin *Fatima Mernissi* von der Universität Mohammed V in Rabat, Marokko.

Eröffnet wurde die Tagung von *Gudrun Krämer* (FU Berlin), die einen kritischen Überblick über die Entstehung

des Modells der Zivilgesellschaft gab. Mehr Fragen stellend als beantwortend, wird nach Krämer die Zivilgesellschaft allgemein hin mit Demokratie und Marktwirtschaft und den damit einhergehenden Differenzierungen der Gesellschaft assoziiert.

Eine eher pessimistische Meinung über den Aufbau einer Zivilgesellschaft in islamischen Staaten gab *Burhan Ghalioun* von der Sorbonne in Paris. Dieses Konzept sei im Islam weniger klar. Obwohl einige religiöse Nichtregierungsorganisationen (NGO) gute Arbeit leisteten, sei ihr Einfluß auf die Staatsmacht und die Politik praktisch Null. Der Grund, warum es bisher noch nicht zum Entstehen einer Zivilgesellschaft gekommen sei, liege im Bruch zwischen dem Staat, der einer Machtlogik folge, und den verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft, die eher dem Konzept der Solidarität verpflichtet seien.

Wesentlich optimistischer äußerte sich die Professorin *Nilüfer Göle* von der Bogazici-Universität in Istanbul für die Türkei. Sie bezeichnete die islamische Gesellschaft als eine „Hybrid-Gesellschaft“, die sich dem Einfluß der Moderne nicht entziehen könne. „Es gibt eine indigene Moderne in den islamischen Gesellschaften, die einen eigenen Wert haben.“ Der Islam könne nicht losgelöst von der westlichen Identität gesehen werden. Er darf nicht „en bloc“ gesehen werden, sondern jedes Land habe seine eigene Geschichte. Eine ihrer provokanten Thesen: „Der Islam ist eine Sozialbewegung, die viele Gemeinsamkeiten mit den westlichen sozialen Bewegungen teilt.“

Aufschlußreich waren die Ausführungen von *Linda Tuqan* vom Ministerium für Hochschule und Wissenschaft aus den autonom-besetzten Gebieten in Palästina. Sie schilderte die neue Rolle der NGOs unter Arafat. Hatten die Organisationen vor der Autonomie eine quasi „regierungsamtliche“ Funktion, müssen sie jetzt ihre Rolle neu finden und definieren. Für Frau Tuqan hat sich die Lage vor Ort nach der Autonomie nur unwesentlich geändert. „Israel hat jetzt mehr Macht als vorher“. Die palästinensische Regierung habe keine Macht und Autorität. „Auch wenn sie diese nicht hat, sei ihre Etablierung aber gleichbedeutend mit der Zivilgesellschaft.“

In Berlin gab es ein differenziertes Bild der islamischen Gesellschaften und des Islam. In allen islamischen Staaten gibt es Ansätze für eine Zivilgesellschaft, die Hoffnung machen und die Unterstützung erfahren sollten. Eine solche Konferenz darf nicht die letzte gewesen sein. Auch die anderen politischen Stiftungen sind aufgefordert, sich dieses Themas anzunehmen.

Ludwig Watzal